

II- 3402 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 3. Mai 1974 No. 1669/J

A N F R A G E
=====

der Abgeordneten Regensburger, Horwolik
und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Bezugsvorschüsse

Laut der Zeitschrift "Die Allgemeinbildende Höhere Schule" Nr. 1/1974, stellte der Landesvorstand Niederösterreich des Österreichischen Gewerkschaftsbundes den Antrag auf Erhöhung des Bezugsvorschusses für Wohnbauzwecke von bisher 40.000.- auf 60.000.- Schilling. Der Landesvorstand Steiermark verlangt ebenfalls die Erhöhung der Mittel für Bezugsvorschüsse.

Die Bundessektion Pflichtschullehrer stellte an den Gewerkschaftstag 1973 folgenden Antrag:

"Alle Dienstzulagen müssen für die Pension anrechenbar sein." Sie begründet dies wie folgt:
"Jede Aktivleistung muß in der Pension ihren Niederschlag finden. Daher sind die begonnenen Verhandlungen über die Ruhegenügsfähigkeit der Dienstzulagen ehestens fortzuführen und abzuschließen."

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

- 1.) Sind Sie bereit, den Wünichen der Landesvorstände Niederösterreich und Steiermark entsprechend die Bezugsvorschüsse für Wohnbauzwecke anzuheben?

- 2.) Wenn ja, in welcher Höhe und bis wann?
- 3.) Wenn nein, was spricht gegen eine solche Anhebung der Bezugsvorschüsse?
- 4.) Sind Sie bereit dafür zu sorgen, daß entsprechend dem Antrag der Bundessektion Pflichtschullehrer alle Dienstzulagen für die Pension anrechenbar sind?
- 5.) Wenn ja, wann soll eine entsprechende Regelung getroffen werden?
- 6.) Wenn nein, was spricht gegen eine solche Regelung?